

Allgemeine Verfügung

- Zentralstelle zur Bekämpfung gewaltdarstellender, pornografischer und sonstiger jugendgefährdender Schriften -

Vom 1. November 2010

I.

1. Die Zentralstelle zur Bekämpfung gewaltdarstellender, pornografischer und sonstiger jugendgefährdender Schriften besteht bei der Staatsanwaltschaft Hamburg.

Die Anschrift der Zentralstelle lautet:

Staatsanwaltschaft Hamburg
Zentralstelle zur Bekämpfung gewaltdarstellender, pornografischer und sonstiger jugendgefährdender Schriften
Gorch-Fock-Wall 15
20355 Hamburg.

2. Den Schriften im Sinne dieser Allgemeinen Verfügung stehen Ton- und Bildträger, Datenspeicher, Abbildungen und andere Darstellungen gleich.

II.

1. Der Zentralstelle obliegen

- a) die Sicherstellung einer einheitlichen Verfolgung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten gemäß Nummer 223 RiStBV, insbesondere durch entsprechende Prüfung von Schriften für den Bereich der Freien und Hansestadt Hamburg;
- b) die Unterrichtung der Staatsanwaltschaft des Erscheinungsortes gemäß Nummer 224 Absatz 2 Buchstabe a) RiStBV;
- c) die Entscheidungen gemäß Nummer 224 Absatz 2 Buchstaben b) und c) RiStBV;
- d) die Veranlassung der Veröffentlichung von Entscheidungen gemäß Nummer 226 RiStBV und § 81 Absatz 2 StrVollstrO;
- e) die Unterrichtung des Bundeskriminalamtes gemäß Nummer 227 RiStBV;
- f) die Unterrichtung der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien gemäß Nummer 228 RiStBV;
- g) die Sammlung und Auswertung der bei der Bekämpfung gewaltdarstellender, pornografischer und sonstiger jugendgefährdender Schriften gemachten Erfahrungen;
- h) die Kooperation und der Erfahrungsaustausch insbesondere mit
 - den Zentralstellen der anderen Länder,
 - dem Bundeskriminalamt, dem Landeskriminalamt und der Polizei,
 - den am Jugendschutz beteiligten Behörden und Verbänden, Anstalten des öffentlichen Rechts und Trägern der freien Jugendhilfe,
 - der nach dem Jugendschutzgesetz errichteten Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien und
 - den Zollbehörden.

2. Die Zentralstelle trägt dafür Sorge, dass die gesetzlich garantierte Freiheit des künstlerischen und wissenschaftlichen Schaffens gewährleistet bleibt.

III.

Die Allgemeine Verfügung Nummer 12/1978 vom 22. Mai 1978 (HmbJVBl. 1978, S. 52) wird aufgehoben.

Hamburg, den 19. November 2010


der Justizbehörde

